

Vereinbarkeit im Stresstest – Familiäre Rollenverteilung in Folge der Corona-Pandemie

Die Corona-Krise mit ihren finanziellen und sozialen Auswirkungen traf und trifft Alleinerziehende in besonderem Maße. Die Krise hat bestehende Ungleichheiten verschärft und die Alleinerziehenden zu Krisenverliererinnen gemacht!

Dieses Fazit ergab die Auswertung der zahlreichen Anrufe und E-Mails beim VAMV-Landesverband während der Pandemie.

Bereits vor der Pandemie war die Lebenslage „alleinerziehend“ hohen Belastungen ausgesetzt. Die Hauptverantwortung für Einkommen, Erziehung, Betreuung und Haushalt, wenig Zeit für eigene Bedürfnisse, Mehrfachbelastung und häufig arm trotz Arbeit prägte den Alltag. Die wichtigsten Ursachen für die hohe Armutsbetroffenheit liegen in der ungerechten Entlohnung, im fehlenden Kindesunterhalt, im Steuerrecht und in den steigenden Mietkosten, die oft die Hälfte der monatlichen Einnahmen ausmachen, begründet. Familienleistungen erreichen Alleinerziehende nicht oder kommen aufgrund der Schnittstellenproblematik mit anderen Leistungen nur begrenzt an. Die fehlende bedarfsgerechte Kinderbetreuung zwingt die Alleinerziehende sehr häufig ungewollt in eine nicht existenzsichernde Teilzeitbeschäftigung.

Wie wichtig eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur ist, haben alle Familien zu spüren bekommen, als im März 2020 Kitas und Schulen geschlossen wurden. Es war eine Zeit voller Ungewissheiten und offener Fragen? Auch 2021 war diese Herausforderung weiter präsent. Das Problem der Kinderbetreuung wurde ins Private verlagert. Hinzu kamen finanzielle Einbußen sowie der Verlust der Entlastungsmöglichkeiten durch die Kontaktbeschränkungen.

In Paarfamilien kann diese Last auf zwei Schultern verteilt werden. Viele Alleinerziehende dagegen standen vor der Situation, Arbeit, Kinderbetreuung, Homeschooling und Alltag vereinbaren zu müssen. Die Alleinzuständigkeit wurde den Betroffenen auf bedrohliche Weise bewusst. Anders als in anderen Ländern, hatten im Homeoffice arbeitende Alleinerziehende keinen Anspruch auf einen Notbetreuungsplatz. Die Wohnsituation mit keinen oder nur geringen Rückzugsoptionen führte zu Spannungen in der Familie. Mehrkosten für Lebensmittel und EDV-Ausstattung belasteten zusätzlich. Dazu kam die Angst vor Einkommensverlusten, vor eigener Erkrankung und um den Arbeitsplatz. Viele Arbeitgeber zeigten wenig Verständnis für die eingeschränkte Verfügbarkeit. Der zweiten Elternteil stand nicht immer zur Verfügung oder wohnte zu weit entfernt, um eine wirkliche Unterstützung zu leisten. Viele Betroffene äußerten ihre Besorgnis, diesem psychischen Druck nicht standhalten zu können.

Schließungen von Schulen und Kindertageseinrichtungen müssen daher kompensiert werden, entweder durch einen gesetzlichen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Notbetreuung für Alleinerziehende oder durch finanzielle Ausgleichszahlungen wie ein Corona-Elterngeld mit Kündigungsschutz und 100% Lohnausgleich, da 67% des Nettoeinkommens bei geringem Verdienst für den Lebensunterhalt nicht ausreichen.

Durch den Lockdown fühlten sich Alleinerziehende mehr am Limit denn je. Daher kam das vom Sozialministerium Baden-Württemberg finanzierte Projekt „Online-Beratung“, welches 2020 beim VAMV-Landesverband anliefe, genau zum richtigen Zeitpunkt. Es wurden dort Informationen zu finanziellen und anderen Hilfen gegeben und eine sozialrechtliche sowie psychosoziale Beratung geleistet. Für die Alleinerziehenden ist es wichtig, eine Anlaufstelle zu haben, die de-

ren spezifische Lebenssituation kennt, ihre Sorgen und Anliegen ernst nimmt, Informationen vermittelt und besondere Bedarfe ermittelt. Die sehr hohe Nachfrage nach der „Online-Beratung“ macht deutlich, dass ein solches Angebot erforderlich ist und zahlreich in Anspruch genommen wird.

Viele Alleinerziehende äußerten während der Pandemie das Bedürfnis nach mehr Vernetzung. Sie wollten sich einerseits nicht so einsam fühlen, sich mit anderen Müttern austauschen und andererseits für künftige Notfälle ein Unterstützungsnetzwerk aufzubauen. Der VAMV-LV entwickelte ein Vernetzungsformular, welches einen unbürokratischen, niedrighschwelligen Austausch zwischen den Alleinerziehenden ermöglichte. Aus diesen Kontakten sind an zwei Standorten in Stuttgart neue VAMV- Kontaktstellen am Entstehen.

Um die Gleichstellung aller Familienformen auch über die Krise hinaus zu ermöglichen, ist es erforderlich die Alleinerziehenden und ihre Kinder als gleichberechtigte Lebensform anzuerkennen. Der VAMV fordert eine konsequente Gleichstellungspolitik im gesamten Lebensverlauf. Dazu gehört ein geschlechtergerechter Arbeitsmarkt mit Entgeltgerechtigkeit, Aufstiegschancen und einer familienfreundlichen Arbeitswelt, sowie eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung mit Anspruch auf flexible ergänzende Betreuung an den Randzeiten. Alleinerziehende benötigen Anreize für eine eigenständige Existenzsicherung mit einer Individualbesteuerung statt dem Ehegattensplitting. Sie brauchen bezahlbare Wohnungen, den Kindesunterhalt und faire Lösungen im Unterhaltsrecht. Leistungen für Familien müssen auch bei Alleinerziehenden vollständig ankommen. Notwendig sind unterstützende, spezifische Beratungsstellen für Alleinerziehende, wie z. B. die „Online-Beratung“ und der Zugang zu einer geförderten haushaltsnahen Dienstleistung. Kurzfristig gilt es, die Schnittstellen von familienpolitischen Leistungen zu verbessern und neue Gesetze auf die Auswirkung auf Alleinerziehende zu überprüfen, bevor sie in Kraft treten. Die Schlechterstellung der einkommensschwächsten Haushalte wie beim Kinderfreizeitbonus oder bei der Schnittstelle Steuerfreibetrag und Wohngeld sollte dann nicht mehr vorkommen. Mittelfristig fordert der VAMV eine Kindergrundsicherung, bei der sichergestellt wird, dass diese am Lebensmittelpunkt des Kindes ankommt.